

G r u ß w o r t

von

Dr. Kai Langer

Stiftungsdirektor

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

gehalten bei der Eröffnung der Wanderausstellung

„Justiz im Nationalsozialismus:

Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes“

am 30. Oktober 2013

in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt

bei der Europäischen Union

(es gilt das gesprochene Wort)



SACHSEN-ANHALT

Mit freundlicher Genehmigung durch Herrn Dr. Kai Langer
veröffentlicht durch das Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Domplatz 2-4, 39104 Magdeburg
Telefon: (0391) 567-6234, -6230, -6235, Telefax: (0391) 567-6187
E-Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de, Internet: www.mj.sachsen-anhalt.de

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Frau Dr. Franz,
sehr geehrter Herr Prof. Müller,
lieber Michael Viebig, lieber Daniel Bohse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst muss ich ein „Geständnis“ ablegen: Dass die für unser Bundesland entwickelte Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus – Über Verbrechen im Namen des deutschen Volkes“ einmal in Brüssel zu sehen sein wird, wäre mir vor nicht allzu langer Zeit illusorisch erschienen. Umso mehr erfüllt es mich mit Freude und Stolz, dass wir als Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt die unter Federführung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle erarbeitete Dokumentation erstmals im Ausland zeigen können.

In Sachsen-Anhalt war die jeweils mit speziellen Begleitveranstaltungen flankierte Schau an bisher elf Standorten zu sehen. Inzwischen ist sie auf fast 100 Tafeln angewachsen, von denen an jedem Ausstellungsort jedoch nur eine Auswahl gezeigt werden kann. Die Inhalte können aber mittlerweile auch mit nach Hause genommen werden: Neben einem wissenschaftlichen Begleitband und fünf Regionalkatalogen erschien im vergangenen Jahr ein opulenter Gesamtkatalog. Daneben existieren Dokumentationen, die sich ebenfalls aus regionaler Sicht mit einzelnen Straftatbeständen der NS-Zeit beschäftigen – z.B. mit sogenannten Rundfunkverbrechen oder verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen. Eine dieser Publikationen widmet sich der Beteiligung von Einrichtungen außerhalb der Justiz an den Hinrichtungen im Zuchthaus Halle – z.B. kommunaler Verwaltungen sowie Lehr- und Forschungseinrichtungen verschiedener Universitäten.

Dass in Sachsen-Anhalt mit maßgeblicher Unterstützung des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung, des Kultusministeriums, der Landeszentrale für politische Bildung sowie den Landesbüros der Friedrich-Ebert- und der Heinrich-Böll-Stiftung, aber auch vielen Unterstützern vor Ort – realisierte Ausstellungsprojekt zu einer überregional ausstrahlenden Erfolgsgeschichte geworden ist, war anfangs nicht absehbar.

Noch Ende der 1990er Jahre behandelte die zeitgeschichtliche Forschung die regionale Geschichte der NS-Justiz eher stiefmütterlich. Neben einigen wenigen Veröffentlichungen zur Geschichte einzelner Haftanstalten erschienen vereinzelt biographische Skizzen von Opfern der braunen Terrorjustiz.

Darüber hinaus lagen damals nur Erwähnungen zur nationalsozialistischen Justizpraxis in DDR-Publikationen zur Geschichte der regionalen und örtlichen Arbeiterbewegung vor. Das Interesse der vor 1990 erschienenen Veröffentlichungen galt naturgemäß weniger der Analyse juristischer Verfahrensabläufe und ihrer Hintergründe, als vielmehr der ideologisch gefärbten Darstellung individueller Schicksale von Angeklagten sowie der plakativen Bloßstellung von Richtern und Staatsanwälten.

Schrittweise verbesserte sich die Forschungslage; zusammenfassende, auf die gesamte Region bezogene Abhandlungen zur NS-Justiz blieben jedoch über einen langen Zeitraum hinweg Mangelware. Erst im Ergebnis breit angelegter eigener Recherchen, die im Zusammenhang mit der Ausstellung angestellt wurden, gelang es, schrittweise Neuland für die regionalgeschichtliche Forschung zu erschließen.

In die Ausstellungs- und Katalogtexte flossen aber auch Erkenntnisse aus anderen Projekten unserer Stiftung ein; beispielsweise zur Erfassung und Auswertung von Verfahrensunterlagen des Berliner Kammergerichts mit Bezug zur heimischen Region, zu Todesurteilen der Militärjustiz, zu den Schutzhäftlingen des KZ Lichtenburg in Prettin, zu den Opfern der NS-„Euthanasie“ und der Zwangssterilisierung sowie eine an der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität betreuten Dissertation zum Personal des Oberlandesgerichts Naumburg während des „Dritten Reiches“.

Somit spiegeln Ausstellung und Begleitmaterialien den aktuellen Forschungsstand zur Geschichte der NS-Justiz auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt wieder. Insofern ist das Projekt ständig auf der Höhe der Zeit. Wie an den bisher gezeigten Standorten werden Sie auch hier in Brüssel eine auf den aktuellen Ausstellungsort zugeschnittene Dokumentation erleben können.

Auf fünf zusätzlich produzierten Ausstellungstafeln werden Dokumente und Belege für Gerichtsverfahren gegen belgische Staatsbürger präsentiert, aber auch Hintergrundinformationen zum Wirken eines „furchtbaren Juristen“ aus Naumburg, der u.a. in Belgien als Kriegsrichter an diversen Unrechtsurteilen gegen hiesige Zivilisten mitwirkte.

Ausführlicher beschrieben wird das Vorgehen des deutschen Justizapparates gegen Angehörige der im September 1940 gegründeten belgischen Widerstandsorganisation „Luc-Marc“. Hervorgegangen aus einer katholischen Pfadfindereinheit, sammelten ihre rund 300 Angehörigen heimlich Informationen, die über die Brüsseler Zentrale nach London weiter

gegeben wurden. Von besonderer militärischer Bedeutung waren Mitteilungen über von der Wehrmacht errichtete Radaranlagen.

Der Festnahme zahlreicher Mitglieder im Jahre 1943 folgte eine Reihe von Prozessen vor dem Reichskriegsgericht in Torgau. Dieses verhängte gegen die Mehrzahl der Angeklagten die Todesstrafe. Zwischen Juni und Oktober 1944 exekutierte ein Wehrmachtsskommando 23 zuvor im „Roten Ochsen“ inhaftierte Mitglieder von „Luc-Marc“ in der Dölauer Heide bei Halle. Unter den Erschossenen befand sich auch der 31jährige Arzt Dr. André Mathy, der ab Sommer 1942 die Leitung der Organisation inne hatte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hoffe sehr, dass die Ausstellung hier in der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel eine ähnlich positive Resonanz erfahren wird, wie an den vorhergehenden Standorten in unserer Heimatregion.

Diese Vertretung gäbe es gar nicht und wir alle wären nicht hier ohne den europäischen Einigungsprozess, der als Antwort auf die Kriege und Diktaturen des 20. Jahrhunderts die gewissenlose Instrumentalisierung von Nationalismus hinter sich gelassen hat. Dieses Europa – und das geht angesichts aktueller Krisen leider häufig unter – ist kein Europa Krieg führender Staaten mehr, sondern ein Europa der Regionen, das kulturelle Vielfalt nicht einfach nur aushält, sondern fördert und als Quelle für Frieden und Prosperität unseres Kontinents begreift. Diese Entwicklung war und ist keine Selbstverständlichkeit, sondern sollte uns Verpflichtung für aktuelles und künftiges Handeln sein!